

## **Erklärung der G7**

Genua, 20. Juli 2001

1. Wir, die Staats- und Regierungschefs der G7-Staaten und die Vertreter der Europäischen Union, sind heute in Genua zusammengekommen, um uns mit gegenwärtigen Herausforderungen der internationalen makroökonomischen Entwicklung zu befassen und die Bemühungen zur Förderung von Wachstum und Stabilität sowie zur Verbesserung der Effizienz des internationalen Finanzsystems zu unterstützen.

### **Weltwirtschaft**

2. Während sich die Weltwirtschaft im vergangenen Jahr stärker als erwartet verlangsamt hat, schaffen gesunde Wirtschaftspolitiken und Fundamentaldaten eine solide Grundlage für stärkeres Wachstum. Soweit erforderlich, werden wir bei der Umsetzung von Maßnahmen wachsam und vorausschauend bleiben, um sicherzustellen, dass unsere Volkswirtschaften ihrem Potenzial entsprechend zu einem nachhaltigeren Wachstum finden. Wir verpflichten uns, durch Strukturreformen, freien Handel und Stärkung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit eine Politik zu verfolgen, die durch Verstärkung des Produktivitätswachstums zu weltweitem Wachstum in einem soliden makroökonomischen Umfeld beiträgt.

- In den Vereinigten Staaten hat sich zwar das Wachstum deutlich verlangsamt, die langfristigen Aussichten bleiben jedoch günstig. Die Märkte sind dynamisch und flexibel, und sowohl die Geld- als auch die Fiskalpolitik werden aktiv eingesetzt, um die wirtschaftliche Erholung bei gleichzeitiger Wahrung der Preisstabilität zu unterstützen. Die vor kurzem verabschiedeten Steuersenkungen sollten dem Wachstum Auftrieb verleihen.
- In Kanada sind Steuersenkungen und das geldpolitische Umfeld dem Wachstum förderlich, während strukturelle Politiken auch weiterhin auf die Erhöhung der Produktivität ausgerichtet werden sollten. Im Vereinigten Königreich, wo die Verlangsamung moderat zu sein scheint, sollte die Politik mittelfristig auch weiterhin die Grundlagen für ein nachhaltiges Wachstum und für mehr Beschäftigung stärken sowie das Inflationsziel erreichen.

- Im Euro-Raum hat sich die wirtschaftliche Aktivität zwar abgeschwächt, doch bleiben die Wachstumsaussichten günstig. Steuersenkungen sowie Strukturreformen, die auf einen weiteren Beschäftigungsanstieg abzielen, sollten auch weiterhin ein nachhaltiges, inflationsfreies Wachstum unterstützen. Die stetige Umsetzung wirtschaftlicher Reformen wird zur weiteren Steigerung des Wachstumspotenzials beitragen.
  - In Japan hat sich die Wirtschaftstätigkeit weiter abgeschwächt, und die Preise fallen unverändert. Vor diesem Hintergrund sollte die Geldpolitik auch weiterhin für reichlich Liquidität sorgen. Die energische Umsetzung von Reformen im Finanz- und Unternehmenssektor ist erforderlich, um die Grundlage für ein mittelfristig stärkeres Wirtschaftswachstum zu schaffen. Wir begrüßen die vor kurzem angekündigten Reforminitiativen, die zu diesem Ziel beitragen werden.
3. Die Schwellenländer sind von den weltwirtschaftlichen Entwicklungen in unterschiedlichem Maße betroffen. In einigen Ländern sind die Wachstumsraten auf ein nachhaltigeres Niveau gesunken, während sie in anderen drastisch zurückgegangen sind. Wir begrüßen die Fortschritte, die in vielen Ländern bei der Erhöhung der Widerstandsfähigkeit gegenüber Krisen erreicht wurden, sowie die Schritte, die im Laufe des vergangenen Jahres zur Stärkung des internationalen Finanzsystems unternommen wurden, um Krisen wirksamer zu verhindern. Jüngste Entwicklungen in den Schwellenländern machen jedoch deutlich, dass weitere Fortschritte bei der Stärkung der innerstaatlichen Finanzsysteme und der finanzpolitischen Grundpositionen erforderlich sind. Unlängst in Argentinien und der Türkei getroffene Maßnahmen stellen positive Schritte in diese Richtung dar. Wir unterstützen die fortgesetzte Implementierung ihrer Reformprogramme in enger Zusammenarbeit mit dem IWF und anderen einschlägigen Internationalen Finanzinstitutionen.
4. Hohe und volatile Ölpreise sind ein Grund zur Sorge für die Weltwirtschaft, insbesondere für die schwächsten Entwicklungsländer. Eine verbesserte und diversifizierte Energieversorgung, erhöhte Energieeffizienz, eine erweiterte Infrastruktur und stabile Ölmärkte sind wichtige Ziele. Öl produzierende und Öl verbrauchende Länder sollten in engem Kontakt bleiben.

5. Zusätzlich zu der Politik, die wir in unseren eigenen Volkswirtschaften verfolgen, kamen wir heute überein, dass eine Zusammenarbeit bei drei weiteren Elementen für die Stärkung der Weltwirtschaft von Bedeutung ist:

- die Einleitung einer neuen Handelsrunde;
- Maßnahmen zur Förderung der Stabilität und Integrität des internationalen Finanzsystems;
- Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass die ärmsten Länder nicht zurückbleiben, wozu auch die Umsetzung der HIPC-Initiative gehört.

### **Einleitung einer neuen Handelsrunde**

6. Ein nachhaltiges weltweites Wirtschaftswachstum erfordert ein neuerliches Bekenntnis zum Freihandel. Die weltweite Öffnung der Märkte und die Stärkung der Welthandelsorganisation (WTO) als Kernstück des multilateralen Handelssystems sind daher ein wirtschaftspolitischer Imperativ. Aus diesem Grund verpflichten wir uns heute, uns auf der IV. WTO-Ministerkonferenz in Doha, Katar, im November persönlich und gemeinsam für die Einleitung einer neuen, ehrgeizigen Runde weltweiter Handelsverhandlungen einzusetzen.

7. Wir sind entschlossen, mit den Entwicklungsländern, darunter den am wenigsten entwickelten Staaten, darauf hinzuarbeiten, dass die neue Runde den Prioritäten dieser Länder durch verbesserten Marktzugang und vernünftigeren, transparentere Handelsregeln Rechnung trägt. Wir erkennen an, dass es bei der Umsetzung der Vereinbarungen der Uruguay-Runde legitime Anliegen gibt. Wir begrüßen die bisher in Fragen der Umsetzung erreichten stetigen Fortschritte und sind bereit, Wege zu prüfen, wie wir weitere Fortschritte im Zusammenhang mit der Einleitung einer neuen Runde erzielen können. Der Aufbau von Kapazitäten ist von ausschlaggebender Bedeutung für die Integration der Entwicklungsländer in das Handelssystem, und wir verstärken unsere Unterstützungsbemühungen in diesem Bereich, auch im Zusammenwirken mit internationalen Institutionen.

8. Im Interesse aller sollte sich die neue Runde auf eine ausgewogene Agenda stützen und gleichzeitig die multilateralen Regeln klären, stärken und erweitern. Ein verbesserter Mechanismus zur Beilegung von Streitigkeiten ist hierfür von zentraler Bedeutung. Mehr Transparenz innerhalb der WTO selbst ist ebenfalls von Bedeutung für die Stärkung des Vertrauens in das Welthandelssystem. Die WTO sollte auch weiterhin die legitimen Erwartungen der

Zivilgesellschaft aufgreifen und dafür sorgen, dass die neue Runde eine nachhaltige Entwicklung fördert.

9. Wir erkennen die Bedeutung der Ausweitung der WTO-Mitgliedschaft zu vernünftigen wirtschaftlichen Bedingungen an. Wir begrüßen es, dass die Verhandlungen mit China inzwischen fast abgeschlossen sind und dass es Fortschritte im Zusammenhang mit dem Beitritt Russlands gibt. Wir werden andere Kandidaten bei ihren Bemühungen, die Bedingungen für eine baldige Mitgliedschaft zu erfüllen, mit Nachdruck unterstützen, um die WTO zu einer wirklich universellen Organisation zu machen.

### **Die Stärkung des internationalen Finanzsystems**

10. Die Stärkung von Wachstum und Wohlstand weltweit hängt entscheidend von einem gesunden und stabilen internationalen Finanzsystem ab. Uns eint die Entschlossenheit, dieses System auch weiterhin zu stärken, um finanzielle Krisen zu verhindern, die Auswirkungen unvermeidlicher Krisen zu begrenzen sowie finanziellem Missbrauch entgegenzuwirken.

11. Seit dem Gipfel von Okinawa wurde eine Reihe von wichtigen Schritten unternommen, darunter Maßnahmen zur Verbesserung der Wirksamkeit der Krisenverhütung durch die Stärkung der Überwachungstätigkeit des Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie durch die Anregung, zentrale internationale Kodizes und Standards umzusetzen, Einbeziehung des Privatsektors in die Krisenverhütung und –bewältigung, Verschlankung und Reform der IWF-Kreditfazilitäten und Verbesserung der Transparenz und Rechenschaftspflicht des IWF. Diese Bemühungen sollten fortgesetzt werden.

12. Mit Blick in die Zukunft unterstützen wir die Empfehlungen unserer Finanzminister zur weiteren Stärkung des internationalen Finanzsystems sowie ihr Eintreten für einen internationalen Konsens zu diesem Zweck. Insbesondere sollten sich die Internationalen Finanzinstitutionen und die G7-Länder bereit finden, Staaten bei der Durchführung politischer Maßnahmen zu unterstützen, die für die Gewährleistung eines dauerhaften Zugangs zu den Kapitalmärkten erforderlich sind. Wir unterstützen ferner die Vorschläge unserer Finanzminister zur Weiterentwicklung des Rahmens für eine Einbeziehung des Privatsektors.

13. Den multilateralen Entwicklungsbanken kommt eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung der Armut durch die Förderung von Produktivitätswachstum und ausgewogener und nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung zu, womit sie einen Beitrag zur Verwirklichung der

internationalen Entwicklungsziele für das Jahr 2015 leisten. In diesem Sinne begrüßen und unterstützen wir die Empfehlungen unserer Finanzminister zur Reform der multilateralen Entwicklungsbanken und zu deren stärkerer Ausrichtung auf Schlüsselinvestitionen in Mensch und Gesellschaft, insbesondere im Gesundheits- und Bildungswesen. Wir ermutigen die multilateralen Entwicklungsbanken, den Prozess der Evaluierung ihrer Binnenstruktur fortzusetzen, um ihre operative Wirksamkeit zu erhöhen. Besondere Bedeutung messen wir folgenden Maßnahmen bei:

- bessere Abstimmung zwischen den multilateralen Entwicklungsbanken;
- Stärkung ihrer inneren Führungskultur, ihrer Rechenschaftspflicht und Transparenz;
- Überprüfung ihrer Preispolitiken mit dem Ziel, die entwicklungspolitische Wirkung der verfügbaren Ressourcen zu verstärken;
- Förderung verantwortungsbewussten staatlichen Handelns in Kreditnehmerländern.

Wir rufen die multilateralen Entwicklungsbanken auf, weltweite öffentliche Anliegen zu unterstützen, z.B. die Bekämpfung von Infektionskrankheiten, die Erleichterung des Handels, die Förderung finanzieller Stabilität und den Schutz der Umwelt. Wir unterstützen eine sinnvolle Wiederauffüllung der internationalen Entwicklungshilfe (IDA) und werden in diesem Zusammenhang den verstärkten Einsatz von Zuschüssen für vorrangige sozialpolitische Investitionen, zum Beispiel in das Bildungs- und Gesundheitswesen, prüfen.

14. Wir bekräftigen unsere Unterstützung für die multilateralen Anstrengungen gegen jeglichen Missbrauch des Weltfinanzsystems und billigen die Empfehlungen unserer Finanzminister zur Behebung dieses Problems. Wir begrüßen die in verschiedenen Staaten und sonstigen Gebieten unternommenen Anstrengungen zur Beseitigung von Schwächen in ihrem System zur Bekämpfung der Geldwäsche. Wir begrüßen die jüngsten Beschlüsse der Arbeitsgruppe zur Geldwäschebekämpfung (FATF), in deren Rahmen vier Staaten und sonstige Gebiete von der Liste genommen wurden, und empfehlen die Durchführung weiterer Maßnahmen gegen die am wenigsten kooperativen unter ihnen, falls sie nicht bis zum 30. September 2001 geeignete Schritte unternehmen. Die Internationalen Finanzinstitutionen spielen eine wichtige Rolle dabei, diesen Staaten und sonstigen Gebieten zu helfen, ihre Systeme zur Bekämpfung der Geldwäsche zu verbessern, und wir rufen sie dringend auf, ihre diesbezüglichen Anstrengungen zu verstärken. Wir regen Fortschritte bei der Bewertung der Einhaltung von Überwachungs- und Regelungsnormen in Offshore-Finanzzentren an. Wir sehen dem Fortschrittsbericht 2001 der OECD zu schädlichen Steuerpraktiken erwartungsvoll entgegen und unterstützen die von unseren Finanzministern ins Auge gefassten Arbeiten, die solche

Praktiken angehen sollen. Wir rufen unsere Finanzminister auf, in diesen Bereichen weiterzuarbeiten.

## **HIPC**

15. Die Erweiterte HIPC-Initiative, die wir in Köln auf den Weg gebracht haben, zielt darauf ab, das Wachstum zu stärken, die Armut zu verringern und einen dauerhaften Ausweg aus einer nichttragfähigen Schuldenlast aufzuzeigen, indem die Schulden auf der Grundlage verstärkter politischer Reformen abgebaut werden. Wir begrüßen die bedeutenden Fortschritte, die bei der Umsetzung der Initiative bereits erzielt wurden. Zum Zeitpunkt des Okinawa-Gipfels erfüllten neun Staaten die Kriterien für die Schuldenerleichterung. Inzwischen profitieren 23 Staaten von der Initiative (Benin, Bolivien, Burkina Faso, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Guyana, Honduras, Kamerun, Madagaskar, Malawi, Mali, Mauretanien, Mosambik, Nicaragua, Niger, Ruanda, Sambia, São Tomé und Príncipe, Senegal, Tansania, Tschad und Uganda); die Gesamtsumme der Schuldenerleichterung beläuft sich auf über US\$ 53 Mrd. von einem ursprünglichen Schuldenstand von US\$ 74 Mrd. Dies wird den Schuldendienst dieser Länder erheblich verringern und so Mittel für Ausgaben im sozialen Sektor, insbesondere im Bildungs- und Gesundheitswesen, freisetzen.

16. Wir haben uns alle darauf verständigt, den HIPC-Staaten, die die Kriterien erfüllen, mindestens die Schulden aus der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) und den umschuldungsfähigen Handelsforderungen vollständig zu erlassen. Wir fordern diejenigen Staaten, die dies noch nicht getan haben, auf, ähnliche Schritte zu unternehmen, und unterstreichen die Notwendigkeit aktiver und uneingeschränkter Beteiligung aller bilateralen Gläubiger an der zeitigen Gewährung von Schuldenerleichterungen für HIPC.

17. Wir ermutigen diejenigen HIPC, die sich bisher noch nicht dazu entschließen konnten, rasch die erforderlichen wirtschaftlichen und sozialen Reformen durchzuführen, darunter auch die Ausarbeitung einer Strategie für die generelle Armutsverringerung in Zusammenarbeit mit der Weltbank und dem IWF. Wirtschaftliche, strukturelle und soziale Reformen, verbessertes staatliches Handeln und die Stärkung der Fähigkeit, armutsreduzierende Ausgaben nachzuvollziehen, sind erforderlich, um zu gewährleisten, dass die Schuldenerleichterungen ein Höchstmaß an Nutzen bewirken. Insbesondere fordern wir diejenigen Staaten auf, die in militärische Konflikte verwickelt sind, die Waffen niederzulegen und die erforderlichen Reformen durchzuführen. Wir bekräftigen unsere Bereitschaft, ihnen bei der Ergreifung von Maßnahmen zu helfen, die sie auf dem Weg der

Schuldenerleichterung weiterbringen. Wir verpflichten uns, weiterhin zusammenzuarbeiten, um zu gewährleisten, dass die Früchte der Schuldenerleichterung den Armen und Schwächsten zugute kommen.

### **Nukleare Sicherheit**

18. Wir begrüßen die dauerhafte Schließung des Kernkraftwerks Tschernobyl durch die Ukraine am 15. Dezember 2000, die eine ganz wesentliche Leistung bei der Unterstützung der nuklearen Sicherheit darstellte.